

**Auszug aus dem Protokoll  
des Regierungsrates des Kantons Zürich**

KR-Nr. 27/2003

Sitzung vom 2. April 2003

**456. Postulat (Einrichtung einer Koordinationsstelle  
«Schule und Bildung für Nachhaltigkeit»)**

Die Kantonsrätinnen Susanne Rihs-Lanz, Glattfelden, und Silvia Kamm, Bonstetten, haben am 20. Januar 2003 folgendes Postulat eingereicht:

Der Regierungsrat wird aufgefordert, im Unterricht der Sekundarstufe II (Mittel- und Berufsschulen) für genügend Bildung in Nachhaltigkeit und Umweltbewusstsein zu sorgen. Er soll insbesondere

1. eine entsprechende Koordinationsstelle mit Drehscheibenfunktion schaffen, um das Potenzial externer Anbieter (Institutionen der Umwelterziehung und des Globalen Lernens, Umweltorganisationen, eidgenössische und kantonale Ämter und private Hilfswerke) effizient für den Unterricht an den Zürcher Schulen zu nutzen,
2. an der Pädagogischen Hochschule Zürich ein Fachreferat «Nachhaltigkeit und Umwelt» für deren Mediothek schaffen, um die einschlägigen Unterrichtsmaterialien und -medien und deren Anschaffung fachkompetent zu betreuen und die Lehrkräfte zu beraten,
3. ökologische Auflagen und Vereinbarungen zur obligatorischen Einführung eines Umweltmanagements in die Leistungsverträge zwischen Schulen und Mittelschul- und Berufsbildungsamt aufnehmen und mittelfristig eine entsprechende Zertifizierung der Schulen ins Auge fassen.

Begründung:

Die Bundesverfassung verpflichtet uns alle in Artikel 2 zu nachhaltiger Entwicklung und zur dauerhaften Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Umweltthemen müssen demnach auch auf jeder Schulstufe behandelt werden. Rahmen-Lehrpläne der Mittel- und Berufsschulen sowie Ausbildungsreglemente diverser Berufe beinhalten deshalb entsprechende Lernziele. Für eine kompetente Umsetzung im Unterricht sollten die Lehrkräfte auf Fachleute der Schnittstelle Pädagogik – Nachhaltigkeit zurückgreifen können. Der Kanton Zürich hat nun aber aus Spargründen die einzige Fachstelle zur Umweltbildung auf der Sekundarstufe II abgeschafft und damit ein falsches Signal gesetzt.

Weil der Kanton Zürich den Bildungskongress der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) «Nachhaltige Entwicklung macht Schule – macht die Schule nachhaltige Entwicklung?» vom November 2002 in Bern mitgetragen hat und weil es konkrete pädagogische (z. B. Vorbildfunktion), ökologische (Schonung von

Ressourcen) und finanzielle (Kosteneinsparungen) Argumente gibt, sollte konsequenterweise auch eine Koordinationsstelle «Schule und Bildung für Nachhaltigkeit» geschaffen, respektive wieder eingeführt werden.

Auf Antrag der Bildungsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Zum Postulat Susanne Rihs-Lanz, Glattfelden, und Silvia Kamm, Bonstetten, wird wie folgt Stellung genommen:

Dem Anliegen, dass Nachhaltigkeit und Umwelt wichtiger Bildungsinhalt im zürcherischen Schulwesen wird, namentlich auch auf der Sekundarstufe II, wird in erforderlicher Masse nachgelebt. Für die Mittelschulen ist in der Verordnung über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen (MAR) und für die gewerblich-industriellen Berufsschulen im Rahmenlehrplan für den allgemein bildenden Unterricht ausdrücklich der Aspekt Ökologie enthalten. Auch der Rahmenlehrplan für die Berufsmaturität nennt entsprechende Richtziele.

Die Schulen erarbeiten auf der Grundlage von Rahmenlehrplänen ihre konkreten Schullehrpläne aus. Diese berücksichtigen das pädagogische Leitbild und die regionalen Gegebenheiten.

Im Mittelschul- und Berufsbildungsamt bestand bis 31. Juli 2002 die Fachstelle Umwelt. Nach Erarbeitung der erforderlichen Grundlagen wurde die Fachstelle aufgehoben, um die Ressourcen für andere Prioritäten einzusetzen. Wie bereits in der Antwort auf die Anfrage KR-Nr. 234/2002 ausgeführt, werden nach heutiger Auffassung Fachstellen nicht als dauernde Einrichtungen betrieben, sondern vielmehr als zeitlich befristete Stellen zur Unterstützung der Schulen bei der Einführung einer neuen Aufgabe.

Im Einklang mit den Erfahrungen und Folgerungen am nationalen Bildungskongress vom November 2002 betreffend nachhaltige Entwicklung ist die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH) bereit, sich in der Weiterentwicklung dieser Thematik zu engagieren. Sowohl für die Gesundheitsförderung, die Interkulturelle Pädagogik und die Umweltbildung bestehen Fachgruppen, in denen die Fachentwicklung koordiniert und vorangetrieben wird. Für den Volksschulbereich ist die Koordination und Erschliessung des Potenzials externer Anbieter und auserschulischer Lernorte im Rahmen der bestehenden Kapazitäten der PHZH gewährleistet. Im Rahmen der «Zürcher Hochschulinstitut für Schulpädagogik und Fachdidaktik» ist die Zusammenarbeit zwischen Sekundarstufe II und der Pädagogischen Hochschule Zürich geplant. Damit ist gesichert, dass das Thema Nachhaltigkeit auch auf der Sekundarstufe II weiterentwickelt wird.

Im Informationszentrum der PHZH ist gegenwärtig das Fachreferatesystem im Aufbau begriffen. Es ist geplant, im Sommer 2003 am Zeltweg eine umfangreiche Mediothek mit Schwerpunkt «Mensch und Umwelt» zu eröffnen. Zielpublikum sind dort in erster Linie die Lehrpersonen der Volksschule und der Sekundarstufe I. An diesem Ausbildungsstandort ist auch die ehemalige Fachstelle Umwelt des Pestalozzianums angesiedelt. Die Mediothek des Mittelschul- und Berufsbildungsamts wird demnächst in die PHZH überführt. Der Bestand «Umwelt» für die Sekundarstufe II kann in die Mediothek Zeltweg eingliedert werden. Längerfristig plant die PHZH, die Mediotheken für alle Schulbereiche in ihrem Informationszentrum zusammenzuführen.

Die Kontrakte zwischen den Mittel- und Berufsschulen und der Bildungsdirektion umfassen neben den finanziellen Zuweisungen auch den Bildungsauftrag und die Führungsziele. Die Umsetzung der einzelnen Positionen wird im Rahmen der Kontraktverhandlungen mit den Schulen ausgehandelt. Die Ergebnisse werden im Rahmen des Bildungscontrollings erhoben. Im Sinne eines Schwerpunktes können entsprechende Ziele festgelegt werden. Sodann haben die Schulen die Möglichkeit, ökologische Fragestellungen im Rahmen der Selbstevaluation aufzugreifen.

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das Postulat KR-Nr. 27/2003 nicht zu überweisen.

II. Mitteilungen an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Bildungsdirektion.

Vor dem Regierungsrat  
Der Staatsschreiber:

**Husi**